

und die Gewerkschaften zur Aktionsgemeinschaft zusammengefunden hätten. Viele von Euch haben im Konzentrationslager das Gelöbnis abgelegt, die antifaschistische Einheit zu wahren und zu schützen. Jetzt, wo die Atomrüstungspolitiker und Militaristen in Westdeutschland wieder ihr Haupt erhoben haben, ist es höchste Zeit, alle Kräfte gegen den gemeinsamen Feind, den deutschen Militarismus, zu einen. Differenzen in ideologischen Fragen dürfen dabei kein Hindernis sein, wenn es darum geht, den Frieden zu sichern und den Atomtod zu bannen.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hat im Block mit den antifaschistisch-demokratischen Parteien in einem Drittel Deutschlands das Gelöbnis der antifaschistischen Widerstandskämpfer verwirklicht und den Faschismus und Militarismus mit der Wurzel ausgerottet.

Werte Genossen!

Wir sind für ein gemeinsames Handeln mit allen westdeutschen Arbeitern, vor allem den sozialdemokratischen Genossen, den Mitgliedern der Gewerkschaften und den christlichen Werktätigen.

Dem Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, den sozialdemokratischen Organisationen und Mitgliedern schlagen wir vor:

1. Gemeinsame Beratungen zwischen dem Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und dem Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands über die Fragen des Kampfes gegen den deutschen Militarismus, für einen Friedensvertrag und die Wiedervereinigung Deutschlands zu einem friedliebenden, demokratischen Staat.

Solche Beratungen sind besonders vor den internationalen Konferenzen notwendig, da SED-Mitglieder, die als Vertreter der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik an solchen Verhandlungen teilnehmen, sich gern mit den Vertretern der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vorher beraten möchten.

2. Die Organisationen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wirken dahin, daß in allen parlamentarischen Körperschaften, vom Bundestag und der Volkshammer bis zu den Gemeindeparlamenten, die Fragen des Friedensvertrages beraten und Beschlüsse gegen die Atomrüstung in Westdeutschland und gegen jede militaristische, antisemitische und revanchistische Tätigkeit gefaßt werden.